



*Wählt die Alternative für Nußloch:*

***DIE LINKE.***

*Ortsverband Nußloch*

***Original sozial***

- ◀ ***Sozial gerecht und konsequent***
- ◀ ***Mehr Demokratie***
- ◀ ***Kommunalpolitische Grundsätze***
- ◀ ***DIE LINKE ist die einzige soziale Partei in Nußloch***

***Wir fordern***

- ◀ ***Eine menschenfreundliche Infrastruktur***
- ◀ ***Kein neuer Supermarkt in Nußloch***
- ◀ ***Der "Alte Berg" muss in seiner jetzigen Form erhalten bleiben!***

Aktivitäten der Partei ***DIE LINKE*** Nußloch:

[www.dielinke-rhein-neckar.de](http://www.dielinke-rhein-neckar.de)

Aktivitäten der Partei ***DIE LINKE*** im Kreis:

[www.dielinke-rhein-neckar.de](http://www.dielinke-rhein-neckar.de)

V.i.S.P: Siegfried Rittler, Nußloch:

[siegfried.rittler@t-online.de](mailto:siegfried.rittler@t-online.de)

## ◀ **Sozial gerecht und konsequent**

**DIE LINKE** unterstützt in Nußloch die Initiativen der Menschen in Vereinen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Beschäftigten in den öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen, Arbeitsloseninitiativen, Umweltgruppen, Kirchen und viele andere, die zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bürger in Nußloch beitragen.

Keine 1 € Jobs bei der Gemeinde Nußloch!

Die Städte und Gemeinden schaden sich selbst, wenn sie den Vorreiter spielen bei der Einrichtung von Ein-Euro-Jobs und Ausweitung des Niedriglohnsektors. Sie schaffen damit mehr Armut und müssen dann die sozialen Folgekosten tragen.

Bereits vorhandene 1 Euro-Jobs müssen in Vollzeitstellen zu Tariflöhnen umgewandelt werden.

Keine Aufträge an Firmen die Dumpinglöhne an Ihre Mitarbeiter bezahlen!

Dementsprechend setzt sich **DIE LINKE** dafür ein, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen.

### **Keine Zwangsumzüge für ALG II Bezieher**

Wohnen ist Menschenrecht! Niemand darf wegen Hartz IV aus seiner Mietwohnung vertrieben werden!

**DIE LINKE** setzt sich für Zuschüsse zu Wohn- und Heizkosten von Hartz IV - Beziehern ein, um erzwungene Wohnungsumzüge in schlechtere Wohnung zu verhindern.

Dementsprechend setzen wir uns für öffentlichen Wohnungsbau ein, sowie alternative und genossenschaftliche Projekte.

**DIE LINKE** setzt sich für die Einführung eines Sozialpasses ein, der einkommensschwachen Menschen den kostenlosen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (Bäder, Büchereien, Museen, usw.) die kostenlose Benutzung der öffentlichen Nahverkehrsmittel und anderer sozialer Einrichtungen ermöglicht.

### **Kinder und Jugendunterstützung**

Kostenlose regelmäßige medizinische Untersuchung aller Kinder und Jugendlichen.

Ausreichend kostenlose Krippen- und Kindergartenplätze (wie sie es in anderen Städten bereits gibt) mit ausreichendem pädagogischem Fachpersonal - angemessene Gruppengrößen – Mittagstisch – Ganztagesangebote. Damit Arbeit und Kinder vereinbar sind, fordern wir Eltern-Kind-Kurse.

Vollständige Bildungsangebote, bessere Schulen und Koordination moderner Bildungsangebote durch die Stadtverwaltung.

Die Verteilung der Schularten auf vorhandene Gebäude ist mit dem Bedarf der Verwaltung abzustimmen. Die kommunale Schulverwaltung ist gefordert.

Wir wollen Ganztageschulen mit kostenlosen Mittagessen.

Schulbedarfspakete (Starterpakete) bei Einschulung und Versetzungen für Kinder einkommensschwacher Eltern.

Die Jugendarbeit muss, wie es in anderen Gemeinden der Fall ist, ausgebaut werden.

## **Mehr Demokratie**

Linke Kommunalpolitik steht für die Durchsetzung sozialer Rechte und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir treten ein für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und wollen für die Bürger Nußlochs eine Ausweitung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor Ort.

### **Mehr Bürgerbeteiligung**

Demokratie bedeutet, dass die Menschen aktiv in der Politik mitbestimmen können und nicht nur ihre Stimme alle paar Jahre bei Wahlen abgeben dürfen. Dazu braucht es mehr Transparenz und bessere Möglichkeiten für die Bürger zu mehr direkter Beteiligung an Sachfragen, die ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Insbesondere die Haushalte von Städten und Gemeinden dürfen nicht länger erst dann öffentlich diskutiert werden, wenn sie in geheimen Zirkeln hinter verschlossenen Türen bereits ausgehandelt sind. Deshalb muss auch die Arbeit des Nußlocher Gemeinderats transparenter werden.

**DIE LINKE** fordert, dass Sitzungsprotokolle und Beschlussvorlagen im Internet öffentlich zugänglich gemacht werden. Auch sind Verträge, an die Nußloch sich bindet, vor der Beschlussfassung offen zu legen.

### **Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide stärken**

**DIE LINKE** setzt sich dafür ein, dass soziale Bewegungen, Vereine, Bürgerversammlungen und Bürgerinitiativen die Gelegenheit haben, sich aktiv an den Entscheidungsprozessen des Gemeinderates zu beteiligen. Hierzu existiert in Baden-Württemberg mit „Mehr Demokratie e.V.“ ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Umweltverbänden für die Erleichterung von Bürgerentscheiden auf Kommunal- und Landesebene.

**DIE LINKE** unterstützt die Aktivitäten dieses Bündnisses und fordert generell einfache, demokratische und zeitgemäße Verfahren für Bürgerversammlungen und Bürgerentscheide. Auch wird **DIE LINKE** auf kommunaler Ebene zu wichtigen Entscheidungen Bürgerversammlungen verlangen und Bürgerentscheide unterstützen oder ermöglichen.

### **Integration statt Ausgrenzung**

So genannte Parallelgesellschaften bilden sich heraus, wenn Menschen die Teilhabe am politischen, kulturellen, wirtschaftlichem und sozialem Leben verwehrt wird, d.h. wo Menschen durch die offizielle Politik diskriminiert werden.

**DIE LINKE** setzt sich dafür ein, dass in Kindergärten, Schulen, Sportvereinen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft zusammenkommen und niemand ausgegrenzt wird. Dazu brauchen wir unter anderem mehr ausgebildete Fachkräfte und mehr soziale Unterstützung, sowie auch mehr Ausbildungs-, Freizeit- und Kulturangebote für sozial benachteiligte Familien.

### **Kommunales Wahlrecht für Nicht – EU – Bürger**

Zur kommunalen Demokratie gehört, dass alle Menschen, die hier leben, die gleichen sozialen und staatsbürgerlichen Rechte haben. Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union haben inzwischen das kommunale Wahlrecht. Aber vom Wahlrecht sind nach wie vor Menschen ausgeschlossen, die hier seit Jahren oder Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt haben, arbeiten und Steuern bezahlen, aber keinen deutschen oder EU-Pass besitzen. Das ist höchst undemokratisch! Das kommunale Wahlrecht muss auf Nicht-EU-Bürger ausgeweitet werden. Denn es ist ein schreiender Widerspruch, dass z.B. ein Kind mit türkischer Herkunft in der dritten Generation in der Schule lernt, was das Grundgesetz und was Parteien sind und daheim lernen muss, dass Eltern und Großeltern per Gesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

### **Rassismus und Neonazis vor Ort bekämpfen**

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller und sind Folge einer verfehlten Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, die ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken macht. Ausländer-Raus-Parolen sind keine Meinungsäußerung, sondern eine verbrecherische Diskriminierung der Betroffenen und haben deshalb in einem demokratischen Gemeinwesen nichts verloren. Wir verteidigen den öffentlichen Raum gegen neofaschistische Organisationen. Ihr verbrecherisches und menschenverachtendes Gedankengut darf nicht verbreitet werden. Hierbei setzen wir auf antifaschistische Aufklärungsarbeit und breite Bündnisse gegen Rechtsextremismus.

## ◀ **Kommunalpolitische Grundsätze**

Die Kommunen müssen über die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bestimmen können.

Kommunale Entscheidungen dürfen nicht an Beraterfirmen und wirtschaftliches Handeln nicht an die private Wirtschaft delegiert werden.

Die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung kann nur verwirklicht werden, wenn die Kommunen selbst wirtschaftlich tätig sind und die öffentlichen Bereiche ausgebaut werden.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen!

Bei der Bewältigung gemeinnütziger Aufgaben und beim Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors braucht es kommunale Investitionen in nicht profitorientierte Bereiche.

Bestehende Privatisierungen bedeuten für die Bürger nur höhere Kosten ohne adäquate Gegenleistung, und nur die Kapitalanleger profitieren von solchen Privatisierungsmaßnahmen.

## ◀ **DIE LINKE ist die einzige soziale Partei in Nußloch**

Alle Parteien behaupten von sich sozial zu sein:

Sozial sein heißt, die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen.

Das ist die Politik der Partei **DIE LINKE**.

Alle anderen Parteien sind unsozial, weil sie:

Rente mit 67, Hartz IV, 1€ Jobs und Rentenkürzung sowie Verschlechterung der Leistungen der

Krankenkassen bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge eingeführt, und außerdem mit der Agenda 2010 den Niedriglohn- und Zeitarbeitssektor durchgesetzt und ausgebaut haben.

## ◀ **Eine menschenfreundliche Infrastruktur**

**DIE LINKE** ist für die Einrichtung einer parteiübergreifenden Beschwerdestelle für Bürger, die sich von Behörden nicht korrekt behandelt fühlen.

Bessere Arbeitsbedingungen für die Verwaltung, damit sie alle Menschen, die mit dem Verwaltungs-, Formular-, Vorschriften- und Gesetzesdschungel Schwierigkeiten haben, noch besser beraten kann.

Die Verwaltung soll auch die sozial Benachteiligten korrekt betreuen, damit diese sich unterstützt und gefördert fühlen.

Die Buslinie Nußloch - Walldorf muss endlich vernünftig ausgebaut werden, damit die Menschen, die auf dieser Strecke unterwegs sind, nicht ständig eine halbe Weltreise machen müssen und dabei Ihre wertvolle Freizeit unnütz vergeuden.

Unterstützung der Ansiedlung von Gewerbe und Wirtschaft, die ökologisch und nachhaltig wirtschaftet.

Förderung ökologischer Politik und der Einsatz regenerativen Energien.

Reformierung der Grundsteuer B für bebaute Grundstücke.

Anhand des Energieausweises für Wohngebäude wird zukünftig der Grundsteuerhebesatz (Grundsteuer B) festgelegt.

**DIE LINKE** unterstützt dieses Vorhaben. Klimaschutz muss sich lohnen! Deshalb soll der Hebesatz für die Grundsteuer reformiert werden. Wer in Klimaschutz investiert, spart Grundsteuer.

Deshalb fordern wir die Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten. Zur Ausarbeitung eines kommunalen Energie- und Umweltkonzeptes sollen lokale Akteure, wie z.B. Umweltschutzgruppen, Betreibergesellschaften von Solarprojekten, Unternehmen und kompetente Privatpersonen einbezogen werden.

Radfahren ist eine ökologisch sinnvolle Alternative zum privaten motorisierten Nahverkehr. Notwendig ist es, hier eine entsprechende Infrastruktur für Radfahrer zu schaffen und die Akzeptanz dieser Fortbewegung zu fördern. Zur notwendigen Infrastruktur gehört ein akzeptables Radwegenetz. Ein solches ist in Nußloch fast nicht vorhanden. Es fehlt eine durchgängige Nord-Südverbindung entlang der Hauptstrasse bzw. Kurpfalzstrasse.

Barrierefreier Zugang für Behinderte und Senioren in allen öffentlichen Einrichtungen und anderen Bereichen. Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht, das mit dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen Verfassungsrang erhielt.

Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft führt dazu, dass es immer mehr ältere Menschen geben wird. Darauf hat sich die Gesetzgebung bereits eingestellt – die Gemeinde Nußloch aber noch nicht. Mobilitätseingeschränkte Menschen – ob RollstuhlfahrerInnen oder andere mobilitätsbehinderte Menschen – haben einen Anspruch auf umfassende Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben.

Dies ist nur über eine barrierefreie Gestaltung der öffentlichen Lebensbereiche zu erreichen. **DIE LINKE** fordert von der Gemeinde Nußloch, das Ziel der Barrierefreiheit schnellstens zu verwirklichen.

## ◀ **Kein neuer Supermarkt in Nußloch!**

Wir brauchen in Nußloch kein neues Einkaufszentrum!

Wir sind für den Erhalt der bestehenden Einkaufsmöglichkeiten, die die Bürger Nußlochs derzeit zu ihrer Zufriedenheit versorgen und die auch von älteren sowie nicht mobilen Menschen ohne größere Mühe erreicht werden können. Die Fußwege in Nußloch dürfen beim Einkaufen nicht länger werden, deshalb müssen die bisherigen Märkte Treff 3000 und Penny oder zumindest einer in der Massengasse erhalten bleiben. Dem Beschluss Ihrer Schließung muss entgegen gewirkt werden, gegebenenfalls müssen neue Betreiber gefunden werden. Der Neubau des Marktes verschlingt überflüssigerweise wertvolle Rohstoffe. Wir wollen keine Verschwendung von Rohstoffen. Der neue Markt schafft keine neuen Arbeitsplätze, die in den Märkten in der Massengasse gingen bei Entstehung eines neuen Supermarktes nämlich verloren. Auch während der Bauphase gibt es für Nußloch keine neuen Arbeitsplätze, denn die Handwerksbetriebe am Ort haben nichts davon. Solche Märkte werden in der Regel von Investoren erstellt und die arbeiten mit billigen Kräften und Materialien. Das Argument, die jetzigen Verkaufsflächen seien zu klein, halten wir für Unfug! Hier geht es doch nur um ein Prestigeobjekt einiger weniger Personen, die sich mit einem neuen Einkaufszentrum profilieren wollen!

Die Verwaltung, allen voran Bürgermeister Rühl, wird hier von uns, der Partei **Die LINKE** aufgefordert, die jetzigen Märkte zu erhalten.

## ◀ **Der "Alte Berg" muss in seiner jetzigen Form erhalten bleiben!**

Der Alte Berg muss in seiner jetzigen Form als Begegnungs- und Kommunikationstätte, Spiel- und Sportplatz sowie als letzte grüne Lunge innerhalb Nußlochs erhalten bleiben. Ein Wohngebiet wie von SPD und CDU gefordert, lehnen wir grundsätzlich ab!

Deshalb keinerlei neue Bebauung am „Alten Berg“!

**Nußlocher zu sein, muss angenehm sein!  
Deswegen braucht Nußloch verantwortungsvolle Linke Gemeinderäte!**

### **Kandidatenliste**

Nr.	Name	Beruf	Alter
1	Siegfried Rittler	Kraftfahrer	54
2	Christiane Scheibe	Altenpflegerin	24
3	Andreas Frank	Maurer	52
4	David Kuster	IT-System-Elektroniker	28
5	Helmut Lochert	Rentner	58
6	Heinrich Stürtz	Jurist	60
7	Jan-Patrick Tilly	Azubi	23
8	Kai-Uwe Schulz	Elektroniker	49
9	Michael Notheis	Industriemechaniker	27
10	Rosemarie Rittler	Industriekauffrau	53

**Sie haben bestimmt auch andere eigene Wünsche und Vorschläge. Reden Sie mit uns und/oder schreiben Sie uns.**

Wir und Sie wollen mit vereinten Kräften unsere Gemeinde Nußloch fördern und verbessern, damit sie nach vielen Katastrophen und Fehlentscheidungen der letzten Jahre wieder mehr lebens- und liebenswert wird.